



# der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



7. Jahrgang / Ausgabe 40 - Nr. 2 / 2018

www.die-linke-nwm.de

## Was bringt der Koalitionsvertrag für Mecklenburg-Vorpommern?



Von Simone Oldenburg, MdL

Ich kann und will es mir nicht verkneifen, hier noch einmal die Gradlinigkeit und Standhaftigkeit, das Worthalten der SPD, diese Souveränität vor Augen zu führen. Am 24. September war es laut Herrn Oppermann, Herrn Schulz und Frau Schwesig völlig klar, dass der Wählerauftrag für die SPD die Opposition sei. Von „Wir sind die Partei der Opposition“ über „Der Platz der SPD ist in der Opposition.“ Diese Verlässlichkeit der Sozialdemokratie wuchs mit der Anzahl derer, die ratzfatz betonten, nie wieder, nie, nie wieder in eine Regierung mit der CDU einzutreten. Ich habe wirklich gehofft, dass man sich wenigstens dieses eine Mal auf die SPD verlassen kann. Oft genug wurden die Menschen zuvor enttäuscht: Ob es sich um die verpasste Rentenanpassung handelte, ob es die verheerende Hartz-IV-Gesetzgebung war oder ob es die Besteuerung der Renten war... Nun aber, nun wuchs der Glaube an die Glaubhaftigkeit der Sozialdemokratie. Und dann kam es doch wieder: Das übliche unglaubwürdige und unwürdige Hin und Her der SPD. Von nie wieder Groko kamen die Sozialdemokraten über ein konsequentes Vielleicht zu einem Werben für die Große Koalition bis zu dem Zeitpunkt, als der Ministerpräsidentin sogar ein Stein vom Herzen fiel, als der Mitgliederentscheid sich für die Fortführung der Koalition mit dem Partner aus-

sprach, den Frau Nahles noch einige Wochen vorher verbal verhauen wollte. Aber gut, wie dem auch sei: Die SPD hat für diese Unzuverlässigkeit und für diese „Politik der Wankelmütigkeit“ genug Prügel eingesteckt. Und ich muss hinzufügen: Völlig zu Recht. Denn mit diesem Stück aus dem Tollhaus schadete die SPD nicht nur ihrer eigenen Glaubwürdigkeit, sie hat auch allen anderen Parteien einen Bärendienst erwiesen – mit Ausnahme vielleicht einer einzigen Partei. Und somit glaube ich Herrn Oppermann nicht, dass die Wahlniederlage am 24. September die schwerste Niederlage der SPD seit 1949 gewesen ist.

„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.“ – so ist der Koalitionsvertrag überschrieben.

So, nun aber beim Lesen des Koalitionsvertrages wusste ich jetzt nicht so genau, wo der Aufbruch und das Neue sein sollen. Zum Beispiel wollten CDU und SPD bereits 2013 eine „solidarische Lebensleistungsrente“ einführen. Man versprach eine Mindestrente, die vor Armut schützen sollte. Das hat nicht geklappt, da hat man sich jetzt eine andere Mogelpackung überlegt: Nun sollen die Lebensleistungen honoriert werden und somit die Altersarmut bekämpft werden, in dem die Grundrente mit 10 Prozent über der Grundsicherung liegen soll für die, die 35

Jahre Beiträge gezahlt haben. Also stehen einem Alleinstehenden im Bundesdurchschnitt statt 800 Euro 880 Euro zu. Damit bleibt diese Regierung immer noch weit unter der für Deutschland festgelegten Armutsrisikoschwelle von 969 Euro. Also weiterhin Altersarmut – auch in MV – statt einer Mindestsicherung von 1050 Euro. Was gibt es noch für uns, für unser Bundesland? Ich nehme das Ende mal vorweg: Nicht viel. In unserem Bundesland wird die Arbeit der Menschen weiterhin weniger wert sein als in Schleswig-Holstein. Gerade die SPD hat resigniert und nimmt einfach in Kauf, dass es weiterhin keinen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit gibt. Sie sieht darüber hinweg, dass Millionen Rentnerinnen und Rentner in die Röhre gucken, weil die SPD einfach zu schwach ist, endlich die Rentenanpassung umzusetzen.

28 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es für den Rentner in Wismar immer noch wesentlich weniger Rente als für den in Wiesbaden. Bringen denn wenigstens die Neuregelungen zur sachgrund-

Griff zu bekommen. Auch dieser Regelung macht weitestgehend um die Frauen und Männer unseres Bundeslandes einen Bogen, denn dieses gilt nur für Unternehmen mit mehr als 45 Beschäftigten. Damit ist mehr als jeder zweite Arbeitnehmer von dieser Regelung ausgeschlossen.

Und was wollen die Regierenden unternehmen, um das Kardinalproblem unserer Gesellschaft zu lösen? Was wollen Union und SPD tun, um die wachsende soziale Ungerechtigkeit, um die hohe Kinder- und Altersarmut zu bekämpfen. Was wird dagegen unternommen, um soziale Ungleichheiten zu vermindern, um die Bildungschancen für alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt zu gestalten statt weiterhin die soziale Herkunft eines Kindes über Schule und Berufsausbildung entscheiden zu lassen? Bei weit über 40 Kommissionen, die gegründet werden, schafft diese Koalition es nicht einmal, eine Kommission zur Bekämpfung der Armut ins Leben zu rufen. Auch rührt die neue Regierung keinen Finger, um Superreiche und Konzerne endlich an der Mitfinanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Somit werden also weiterhin die meisten armen Kinder in Mecklenburg-Vorpommern leben.

Diese neue Regierungspolitik ist nicht gut für Mecklenburg-Vorpommern, denn sie beendet weder die Zweiklassen-Medizin noch stoppt sie die Rüstungsexporte. Diese neue Regierungspolitik ist nicht gut für Mecklenburg-Vorpommern, weil sie weder die Armut bekämpft noch die Eltern von den hohen Kitagebühren befreit. Diese neue Regierungspolitik ist nicht gut für Mecklenburg-Vorpommern, weil es eben deutlich mehr bedarf als den Drang nach Posten, als den Kampf um den Machterhalt und als die Angst vor politischer Bedeutungslosigkeit.



losen Befristung etwas für die Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern? Nein, auch nicht, denn nur Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten wird diese Art der Befristung erschwert. Aber in MV gibt es lediglich etwas mehr als 2 Prozent Unternehmen, für die das gilt. Alle anderen Unternehmen sind kleiner. Das gleiche gilt für den neu eingeführten Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser in den

## Erinnern an den Tag der Befreiung

Mehr als 60 Teilnehmer gedachten am sowjetischen Ehrenmal den Opfern von Faschismus und Krieg



Von Uwe Boldt

**Am 8. Mai, dem 73. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und dem Ende des 2. Weltkrieges, legten Bürger und Vertreter von Organisationen Blumen und Kränze am sowjetischen Ehrenmal zum Gedenken der Opfer der faschistischen Barbarei nieder.**

Anwesend war auch der aus Jekatarinenburg angereiste Vladimir Iwanowitsch Raikow, ehemaliger Offizier der Wismarer Garnison der sowjetischen Streitkräfte, der von Vertretern der Nachfolgeorganisation der DSF aus Schwerin begleitet wurde.

Horst Krumpfen, unser Kreisvorsitzender, zeigte in seiner Gedenkre-

de den opfervollen Kampf von Millionen Soldaten aus vielen Nationen gegen das NS-Regime auf und stellte heraus, dass die Völker der Sowjetunion die Hauptlast der Befreiung vom Hitlerfaschismus getragen haben. Er erinnerte nicht nur an die vielen Soldaten, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben ließen, sondern auch an die 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen von denen 3,3 Millionen den unmenschlichen Lebensbedingungen in der Gefangenschaft zum Opfer fielen. Die Erinnerung an diese unbeschreiblichen Verbrechen gegen die Menschheit mit der systematischen Vernichtung von rassistisch und politisch Verfolgten, den Juden, Sinti, Roma, Sozialisten,

Kommunisten, Homosexuellen, aufrechten Christen und vielen Weiteren, muss für immer wach gehalten werden.

Es darf nie dazu kommen, dass aktuelle Geschehnisse in Europa und der Welt sich zu einer Wiederholung der bisher größten Verbrechen an der Menschheit entwickeln können. Horst Krumpfen zitiert in diesem Zusammenhang Erich Kästner:

*„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist.“*

*Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf“*

Diese Mahnung wurde auch von den in Wismar lebenden Bürgern der ehemaligen Sowjetrepubliken bei der Kranzniederlegung zum Ausdruck gebracht. Insbesondere die Beziehungen zu Russland und die Verhältnisse zwischen den ehemaligen Völkern der Sowjetunion beunruhigen viele von ihnen. Wie aktuell diese Mahnung ist, zeigt der Einzug vieler rechter Parteien in die europäischen Parlamente und nicht zuletzt die Erklärung von Donald Trump gerade am 8. Mai 2018, dem 73. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Der Multilaterale ATOM-Vertrag mit dem Iran ist durch den US-Präsidenten ohne Abstimmung mit den anderen Vertragspartnern einseitig aufgekündigt worden. Der Israelische Präsident klatscht, oh welche Ironie, Beifall dafür, dass die schwelenden Glutnester im Nahen Osten mit Benzin gelöscht werden sollen. Hoffen wir, dass die EU, die europäischen Regierungen einschließlich der Merkel-Truppe, den ersten Impulsen weiter folgen und das Vertragswerk auch ohne USA, mit Russland und China retten werden.

## Maifrühschoppen in Grevesmühlen

Am 1. Mai führten wir unseren lang geplanten politisch-musikalischen Frühschoppen auf dem Marktplatz in Grevesmühlen durch, für den wir am 27.4. an einem Info-Stand noch ordentlich die Trommel gerührt hatten. Nicht geplant hatten wir allerdings das mehr als schlechte Wetter, das uns mit Sturm und später auch Regen die Durchführung erschwerte. Dank der Hilfe des Kreisverbandes Westmecklenburg hatten wir einen wetterfesten Pavillon, von dem aus wir unsere Materialien und die heißen Getränke und Bratwürste verteilen konnten. Bündnis 90/Die Grünen beteiligten sich an unserer Aktion und fanden mit ihren frisch gebackenen Waffeln großen Anklang.

Entgegen unseren Befürchtungen wegen des Wetters fanden doch zahlreiche Besucher den Weg zu



uns und begrüßten, dass nach vielen Jahren wieder „etwas los“ war. Grund dafür war sicher auch unser Musiker, der einen bunten Reigen bekannter Melodien spielte und alle zum Mitmachen animierte.

Besonders gefreut haben wir uns über Genossinnen und Genossen aus anderen Basisorganisationen, z.B. Wismar, Lüdersdorf und Bol-

tenhagen, sowie über Mitglieder verschiedener Vereine wie Arbeitslosenverband, die Tafel und Kreinsdörper Seniorenverein. In vielen Gesprächen wurden wir gefragt, ob wir im nächsten Jahr wieder „vor Ort“ sein werden. Ich denke, wichtig ist, dass wir als DIE LINKE wieder mehr in die Öffentlichkeit müssen. Auch wenn es viel Arbeit und Aufwand war,

sind wir mit dem Ergebnis in dieser Hinsicht sehr zufrieden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei einigen Genossinnen und Genossen besonders bedanken. Die Genossen Karl Gerns und Roland Siegerth sorgten für Strom, Sitzmöglichkeiten, wichtige Genehmigungen und leisteten am Grill Schwerstarbeit. Die Genossinnen Gundula Siegerth und Regine Völker sowie Genosse Richard Keil wechselten sich beim Kaffeekochen ab, der wegen des Wetters heiß begehrt war. Vielen Dank auch an die Unterstützer aus dem Kreisverband Westmecklenburg, Ellen-Erika und Reiner Raeschke, die uns eine große Hilfe waren.

H. Brauer, BO-Vorsitzende

## Ein gesellschaftlicher Skandal



von Dr. Dietmar Bartsch

Kinderarmut und Altersarmut bilden die beiden Pole eines der größten gesellschaftlichen Skandale Deutschlands - eines alltäglichen Skandals, an den wir uns nicht gewöhnen dürfen. Besonders verwerflich ist es, dass beide Arten von Armut in den letzten Jahren zum Teil deutlich angestiegen sind - im Übrigen immer verbunden mit anderen Arten von Armut, sei es die Familienarmut bzw. die besonders häufige Frauenarmut bei Alleinerziehenden oder die „Armut trotz Arbeit“, auch „working poor“ genannt. Nun ist es aber nicht so, dass das Anwachsen der ganz verschiedenen Armutsformen das Resultat einer gesellschaftlichen Krise ist, in der alle den Gürtel enger schnallen müssen. Ganz im Gegenteil: die letzten Jahre bildeten eine der längsten Wachstumsphasen in der Geschichte der BRD, Deutschland baute seine Position als Exportweltmeister aus und die Gewinne

der Unternehmen sprudeln. Aber nicht nur die Gewinne der Unternehmen, sondern auch die staatlichen Einnahmen wachsen. Hinzu kommt, dass insbesondere Deutschland durch die jahrelange Niedrigzinsphase ganz erhebliche Einsparungen im Bereich der Zinsen für seine Schulden verzeichnet.

Um diese Entwicklungen mit ein paar Zahlen zu untersetzen, die etwas einfacher zu verarbeiten sind, als die üblichen Milliardenjonglierereien: seit 2009 stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen von ca. 60 000 Euro auf ca. 73 500 Euro, also um 22%. Das bedeutet, dass pro Einwohner in Deutschland Güter und Dienstleistungen im Wert von 40 Tausend Euro pro Jahr hergestellt und verkauft wurden.

Im selben Zeitraum ist jedoch die Kinderarmut in Deutschland gewachsen. Über 2 Millionen Kinder sind davon betroffen, Mecklenburg-Vorpommern ist das Flä-

chenland mit dem höchsten Anteil an armen Kindern. Auch wenn Kinderarmut eine gesamtdeutsche Erscheinung ist, in den neuen Bundesländern ist sie besonders hoch. Deutlich wird das am Anteil der unter 18-Jährigen im SGB-II-Bezug: in den alten Bundesländern sind 13,2% der Kinder davon betroffen, in den neuen 21,6% (2015).

Das waren jetzt sehr viele Zahlen. Aber immer noch gibt es Politikerinnen und Politiker, die leugnen, dass es Armut in diesem Land gibt, insbesondere Kinderarmut. Vor zwei Jahren bildete sich auf meine Initiative hin ein Netzwerk gegen Kinderarmut, in dem die wesentlichen Organisationen, die im Kampf gegen Kinderarmut aktiv sind, zusammen arbeiten. Wir betrachten es als einen ersten Erfolg, dass das Thema Kinderarmut zum ersten Mal überhaupt in einem Koalitionsvertrag auftaucht. Das Sichtbarmachen von Armut und das Bekenntnis der Politik dazu, dass es so etwas in diesem Land gibt, sind nicht selbstverständlich, aber nun auch nicht mehr zurück zu nehmen.

Allerdings ist dieses Bekenntnis bei weitem nicht ausreichend. Denn worauf es ankommt, ist eine reale Veränderung, die bei den Abermillionen Armen auch ankommt. Das bedeutet ganz klar eine Umverteilung des gesell-

schaftlichen Reichtums. Denn wie oben zu sehen ist, sind wir ja kein armes Land, sondern eines, in dem ausreichend viel produziert wird, damit niemand arm sein muss. Ganz grundsätzlich gibt es zwei Wege, auf denen diese Umverteilung geschehen muss. Der eine Weg betrifft die Löhne, dabei bei weitem nicht nur die Erhöhung des Mindestlohnes, sondern der guten und flächendeckenden tariflichen Bezahlung. Das ist vor allem das Kampffeld der Gewerkschaften, die wir dabei unterstützen. Der andere Weg führt über die zielgerichtete Umverteilung über Steuern. Die Unternehmen und Reichen über die entsprechenden Steuern wieder angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen ist dabei die eine Seite, die andere Seite besteht darin, endlich eine Kindergrundsicherung einzuführen, die bei jedem Kind ankommt und armutsfest ist. Das ist eine Forderung, die wir LINKE in unserem Bundeswahlprogramm formuliert haben.

Natürlich gibt es noch mehr Wege, um die Symptome von Kinderarmut zu bekämpfen, das betrifft Bildung, Gesundheit, Kultur, gesellschaftliche Teilhabe und noch viel mehr. Aber im Kern - und das ist und bleibt eine einfache Sache - muss mehr Geld bei denen ankommen, die von Armut betroffen sind.

## Bürgermeisterwahl in Wismar

**Am 15. April 2018 fand in der Hansestadt Wismar die Wahl des Bürgermeisters statt.**

Die Ostseezeitung titelte am 16. April „Beyer machts's nochmal“ und tags darauf „Viel Zuspruch für den Wahlsieger Thomas Beyer“. Natürlich hat auch DIE LINKE mit Horst Krumpen als Kandidat, Herrn Beyer gratuliert.

Bemerkenswert ist aber auch, dass Herr Beyer mit 56,3 % der abgegebenen Stimmen weit hinter seiner letzten Wahl mit über 60 % zurückgefallen ist. Bei einer weiter gesunkenen Wahlbeteiligung von 45,3 % gegenüber 47,3 % vor acht Jahren ergibt sich ein anderes Bild als das der Ostseezeitung.

Unserem Kandidaten, Horst Krumpen, gebührt für sein Engagement viel Dank, auch wenn wir unser Wahlziel mit 7,9 % nicht erreicht haben.

Seine Wahlaussagen

- Mehr Bürgerbeteiligung



- Bessere Baustellenkoordination
- Kostenloser Busverkehr
- Bezahlbare Wohnungen für Alle
- Belebung der Innenstadt
- Mehr Ordnung und Sauberkeit für Alle
- Aufwertung des Ordnungsamtes zielen zu Recht auf viele soziale Belange der Wismarer. Und trotzdem haben wir zu wenige BürgerInnen erreicht. In allen öffentlichen Foren überzeugte Horst mit seinen Argumenten, an Informationsständen erhielten wir viel Zu-

spruch, die Plakate waren ansprechend und auch die öffentliche Berichterstattung war fair. Auch wenn zwei Tage vor der Wahl versehentlich falsche Postkarten in Umlauf gebracht wurden, hat das unser Wahlergebnis sicher nicht wesentlich beeinflusst.

Eine Wahl wird nicht wenige Tage oder Wochen vor dem Wahlgang entschieden, sondern über die gesamte Legislaturperioden. Es bleibt unbestritten, dass sich Wismar in den letzten Jahren gut entwickelt hat. Das ist nicht alles der Verdienst des Bürgermeisters, wird aber immer mit ihm in Verbindung gebracht. Deshalb muss der Amtsbonus unbedingt bei der Beurteilung der Ergebnisse berücksichtigt werden.

DIE LINKE mit Horst Krumpen erhielt überdurchschnittlich viele Stimmen in einigen Wahlbezirken der Altstadt, und in Wendorf, nicht jedoch durch Briefwähler, in Dargetow, in Wismar Süd und Re-

dentin. Eine genauere Analyse ist sicherlich nötig.

Noch ein Wort zum Wahlbündnis von CDU, Grünen, FDP und Für-Wismar-Forum. Wen vertat Herr Helbig eigentlich? Alle vier Unterstützer verbinden nur, Herrn Beyer zu verhindern. Dafür reichen die 30,1 % natürlich nicht. Es beweist einmal mehr unsere Auffassung, dass ein eigener Kandidat bei solchen Wahlen notwendig und wichtig ist.

Allen Helfern und Unterstützern sei nochmals herzlich gedankt. Besonderer Dank gebührt unserem Kandidaten Horst Krumpen.

Die nächsten Wahlen liegen vor uns. Die Bürgerschaft wird 2019 neu gewählt. Eine langfristige Vorbereitung dieser Wahlen wird notwendig sein, um gute Ergebnisse zu erzielen.

Horst Lutz

## Rassismus erlebt und wie gehe ich damit um?

Gesprächsrunde im Wismarer Verein „Das Boot“

Der Einladung zu der Gesprächsrunde über Rassismus folgten am Dienstag, den 27. März 2018 über 60 Bürger, darunter viele Migranten. Die Veranstaltung fand im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ statt.

Als Gesprächspartner nahmen teil: Josephine Hermes, Flüchtlingsrat M-VP; Sandra Rieck, Das Boot; Dr. Andreas Walus, Leiter Polizeihauptrevier Wismar; Abdurahman Said Osman als Dolmetscher (er übersetzte ins Arabische und die Sprache von Eritrea), sowie zwei Mitarbeiter des Vereins LOBBI e.V. (Beratung von Opfern rassistischer Übergriffe).

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in unserer Gesellschaft mit dem Flüchtlingszustrom seit 2015 deutlich zugenommen. Auch in Wismar werden Menschen mit einem ausländischen Hintergrund oder einer Behinderung bedroht, beleidigt oder auch tätlich angegriffen. Das passiert den Betroffenen bei der Wohnungssuche, bei der Fahrt im Bus, beim nächtlichen Heimweg oder auch Kindern in der Schule und auf dem Schulweg. Wie verhalte ich mich selbst in solchen Situationen und wie



sollten sich die Betroffenen verhalten?

Andreas Walus machte deutlich, dass die Polizei in seinem Verantwortungsbereich konsequent gegen rassistische Übergriffe und Straftaten vorgeht. Er forderte die Betroffenen auf, sich nicht provozieren zu lassen und ohne Scheu solche Vorkommnisse der Polizei mitzuteilen.

Für die Opfer bietet der Verein LOBBI kostenlose und anonyme Beratung an.

Der Verein Das Boot hilft Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen bei der Integration und Teilhabe. Er ist auch Begegnungsstätte von Migranten mit vielen ehrenamtlichen

Helfern. So wird regelmäßig Hausaufgabenbetreuung, ein Sprachcafé zur Konversation und Beratung, Sport mit Tischtennis und in einer Laufgruppe angeboten. Auch die heutige Gesprächsrunde zum Thema Rassismus gehört dazu. Große Hochachtung gebührt den Ehrenamtlichen, die oft über Jahre Flüchtlinge bei Behörden, der Wohnungssuche, im Sprachunterricht und auch im Alltag unterstützen. Zu ihnen gehören die Mitglieder unserer Partei Sabine Wollny, Hanni und Rüdiger Müller.

Wichtig sind Zusammenkünfte von einheimischer Bevölkerung und Migranten, um sich bei Gesprächen gegenseitig kennenzuler-

nen und Vorurteile abzubauen. Diese Arbeit wird nach meiner Auffassung vorbildlich von den Kirchen geleistet. In diesem Sinne haben sich auch die kirchlichen Würdenträger Deutschlands in ihren Ansprachen zu den Osterfeiertagen geäußert.

Auch persönlich sind wir oft mit Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus konfrontiert. Viele Mitglieder äußern sich abfällig über Flüchtlinge oder machen rassistische Bemerkungen. Jeder sollte Zivilcourage zeigen und dagegen auftreten.

Die Helfer bei der Integration der Flüchtlinge beklagen, dass es im Land Mecklenburg-Vorpommern und auch in Kreis Nordwestmecklenburg keine Konzeption für die Antidiskriminierungsarbeit und die Opferberatung gibt. So wurde ein entsprechendes Schreiben an den Integrationsbeauftragten des Kreises nicht beantwortet. Das wäre ein Thema für die Fraktionen unserer Partei in der Bürgerschaft und im Kreistag.

Von Peter Vorbau

## Bruch des Völkerrechts wird zur Normalität

Bei der einseitigen Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran durch die USA handelt es sich um eine ernsthafte Verletzung der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates.

Die Negierung des Völkerrechts findet hier nach den militärischen Angriffen der USA, Frankreichs und Großbritanniens eine direkte Fortsetzung. Wie in Gaza zu beobachten, hat auch Israel mit dem Völkerrecht wenig im Sinn und somit auch keine Skrupel sofort nach Trumps Ankündigung Syrien mit Raketen anzugreifen.

Wie bei den Angriffen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zuvor, gibt es auch für die israelische Begründung über einen angeblichen Angriff iranischer Raketen auf die Golanhöhen keinen Nachweis, auch keine Schäden.

Die deutsche Regierung erklärt ihre Unterstützung für den israelischen Angriff und hat kein Prob-

lem damit, dass die nach 1945 entwickelten internationalen Regeln zur Verhinderung von Kriegen ihre Bedeutung verlieren. Von politischer Unterstützung des UN-Generalsekretärs Guterres, einen Flächenbrand im Nahen Osten zu



verhindern, ist nichts bekannt.

Bei der Aufkündigung des Nuklearabkommens und den Raketenangriffen handelt es sich um eine bewußte Vorbereitung eines größeren Krieges (erst einmal) im Nahen Osten. Der US-Außenminister Pompeo erklärte Iran zum Zentrum des Terrorismus und der Aggressionen in diesem

Raum, obwohl vom Iran bisher noch kein Krieg ausgegangen ist. Der Sicherheitsberater der USA Bolte verkündete vor iranischen Dissidenten (MEK), dass man die Führung im Iran auswechseln muss und noch vor 2019 in Teheran den Sieg feiern wird.

Die USA haben als größter Waffennexporteur mehr als die Hälfte in den Nahen Osten geliefert, vor allem an Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate. Saudi Arabien hat Katar mit Krieg gedroht, wenn es sich nicht der Allianz gegen Syrien und den Iran anschließt.

Der Stabschef des ehemaligen US-Außenminister Colin Powell warnte in der New York Times und während einer Konferenz in Washington vor der Gefahr, dass Israel die USA in einen Krieg mit dem Iran zieht, der einen Weltkrieg auslösen könne.

Um Irans Verteidigungsfähigkeit

zu schwächen, fordert Trump dessen Verzicht auf die Entwicklung ballistischer Raketen. Zudem soll Teheran sich verpflichten, seine »destabilisierenden Aktivitäten in der Region, besonders in Syrien, Irak und Jemen«, zu unterlassen.

Diese Forderungen unterstützten auch Frankreichs Präsident Macron, Bundeskanzlerin Merkel und der britischen Premierministerin May, in einer gemeinsamen Erklärung vom 8. Mai als erste Antwort auf Trumps Kündigung des Nuklearabkommens. In ihren politischen Äußerungen und Aktivitäten treten sie gegen Trumps Aufkündigung des Iran-Vertrages auf, denn die neuen Sanktionen gegen den Iran treffen auch ihre Handelsbeziehungen äußerst empfindlich. Allein für Airbus steht z.B. ein Vertrag in Höhe von ca. 16 Milliarden Euro auf dem Spiel.

Von Horst Neumann

## Die Südbahn lebt

### Reaktivierung des Bahnbetriebs Parchim-Malchow muss kommen

Am Pfingstwochenende fand eine Fahrraddemo für die Südbahn statt, an der für unseren Kreisverband auch Björn Griese und Ute Spriewald teilnahmen.

Der zuvor geplante Fußmarsch auf den Gleisen wurde vom Energieministerium untersagt, da es zu gefährlich sei. Ein tolles Team um Rainer Reschke organisierte kurzerhand die tolle Alternative. Ein Sonderzug fuhr auf dem stillgelegten Abschnitt von Parchim nach Malchow und sammelte an den Bahnhöfen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demo samt ihrer Fahrräder auf. Mit von der Party war unter anderem auch Jacqueline Bernhardt, linke Ladratskandidatin für den Landkreis Ludwigslust-Parchim. Nach herzlicher Begrüßung in Malchow vom Malchower Bürgermeister sowie Clemens Russel und Monika Göpper von der seit Jahren für die Südbahn kämpfenden Bürgerinitiative „Pro Schiene“ machten wir uns auf den Weg. 39 Kilometer bei bestem Wetter lagen vor uns. An jedem Bahnhof wurde Halt gemacht. Weitere Mitstreiter schlossen sich an. Mit 16 gut gelaunten Leuten sind wir gestartet, 25 waren es am Ziel. Sogar Dietmar Bartsch stieß zu uns und genoss die ausgelassene Stimmung. Mit dem Sprechchor - Wir sind hier, wir sind laut, man hat die Südbahn uns geklaut – machten wir in jedem Dorf und Bahnhof auf uns aufmerksam. Nach gut drei Stunden erreichten wir Lübz. Dort empfingen uns etwa 100 Leute. Zur dortigen Kundgebung erschienen auch die Landratskandidaten der SPD, Stefan Sternberg und der CDU, Klaus-Michael Glaser. Auch sie wollen die Südbahn, genau wie MdL Wolfgang Waldmüller, wie er freimütig dem NDR kundtat. Alle drei hatten wohl



vergessen, dass SPD und CDU die Landesregierung stellen. Jacqueline punktete mit Fakten. Die Landesregierung hat 176 Millionen Euro Ausgabereste angehäuft, statt das Geld (Regionalisierungsmittel) für bessere Regionalbahnangebote und die durchgängige Südbahn einzusetzen. Jacqueline kämpft seit Jahren aktiv für die Südbahn,



auch mit der Fahrraddemo. Die Bürgerinitiative machte sich richtig Luft. Während im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die drohende Abbestellung eines weiteren Teilstücks der Südbahn von Malchow nach Waren abgewendet werden konnte und nun der Kreis die Verantwortung trägt, scheiterten bisher alle Versuche im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Alt-



Landrat Christiansen will die Verantwortung nicht und für Verkehrsminister Pegel macht die Südbahn keinen Sinn. Das sehen wir und auch alle anderen Menschen, die am Sonnabend am Bahnhof Lübz waren, anders. Unternehmen aus der Tourismus- und Kulturbranche ergriffen das Mikro und machten eindringlich deutlich, wie wichtig die Südbahn für sie sei. Gäste und Kursteilnehmer bleiben weg, weil sie ohne Bahn- anbindung nicht bzw. viel zu umständlich ihr Ziel erreichen. Eine Arbeitsgruppe legte nun ein integriertes Konzept vor, das Bahn, Bus und Rufbus verknüpft. Mit insgesamt 1,7 Mio. Euro jährlich könnte die Bahn wieder fahren und Bus und Rufbus als Zubringer zur Bahn fungieren. Wir kämpfen also weiter. Eine durchgängige Südbahn muss es mit einer neuen Landrätin oder einem neuen Landrat geben, über kurz oder lang. Die Südbahn lebt.

Hintergrund: Mit dem Fahrplanwechsel Dezember 2014 wurde der Bahnbetrieb der Südbahn auf dem Teilabschnitt Parchim-Malchow eingestellt. Nach 130 Jahren kam das Aus, trotz vieler Proteste aus der Region und auch der Linken in der Kreistags- und Landtagsfraktion. Seitdem kämpft eine Bürgerinitiative und auch wir Linken vehement für die Reaktivierung der stillgelegten Abschnitts und eine durchgängige Südbahn. Eine Volksinitiative scheiterte, weil angeblich nicht alle Angaben und Unterschriften lesbar waren und somit nicht das notwendige Quorum erreicht wurde. Ein privates Eisenbahnunternehmen sichert einen Gelegenheitsverkehr für besondere Anlässe.

Von Ute Spriewald und Björn Griese

## Pflichtveranstaltung oder doch eine Chance?



Die Hanseschau ist zu Ende und ich möchte mich auf diesem Weg recht herzlich bei

allen freiwilligen Standbetreuern der diesjährigen Hanseschau bedanken. Speziell bei der Schicht am Freitag! Ohne euch würde das niemals funktionieren.

Wie die Zeitung schrieb und es auch mein Eindruck war, ist die Besucherzahl spürbar gesunken.

Wir hatten unseren Stand, wie in den letzten Jahren auch, zwischen der SPD, CDU und diesem Jahr FDP und GRÜNEN, die ebenfalls dabei waren.

Ich hatte das Empfinden, dass die Bereitschaft zur Standbetreuung sehr gezwungen war. Dennoch denke ich, dass es eine sehr gute Möglichkeit ist DIE LINKE. Nordwestmecklenburg einer breiten Masse an Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen. Nirgendwo anders bekommt man die Möglichkeit so einfach mit Menschen ins Gespräch zu kommen und sich die Fragen, Meinungen oder Kritik anzuhören bzw. mitzunehmen für die eigene Arbeit im Kreistag, Bürgerschaft oder Gemeinde.

Im kommenden Jahr ist Kommunalwahl. Die Hanseschau ist eine gute Chance die Kandidaten dort bekannt zu machen, diese sollten wir unbedingt nutzen.

Einige Punkte die mich nachdenklich gestimmt haben:

- -Bereitschaft zu Standbetreuung
- -Interesse an der öffentlichen Darstellung der LINKEN Nordwestmecklenburg
- -Nutzung der Messe für die eigene kommunalpolitische Arbeit im Kreis/ Gemeinde/ Fraktionen
- -Auftritt der LINKEN auf der Messe (Erscheinungsbild)
- -Sicheres Argumentieren über die Inhalte der LINKEN
- -Werbematerialien sinnvoll verteilen

Für Eure Ideen, Änderungsvorschläge und Kritik, sowie die Bereitschaft die Messen mitzugestalten, bin ich sehr offen und würde mich freuen, wenn Ihr Euch bei mir meldet.

Euer Mario Menzzer

## Hab ´ da noch ein paar Fragen

Liebe Genossinnen und Genossen, sicher geht es Euch ähnlich wie mir. Mich bewegen vor unserem Parteitag so einige, teils grundsätzliche Fragen. Wäre da nicht auch unser „Wellenbrecher“ ein geeignetes Forum, sich dazu auszutauschen, Pro und Kontra abzuwägen?

Nur eine kleine Fragen-Kollektion als Anregung:

- Wie intensiv pflegen wir unsere Alleinstellungsmerkmale? DIE LINKE, eine Antikriegspartei für militärische Abrüstung, aber „etwas NATO darf es schon mal sein, man muss sie ja nicht mögen“?
- DIE LINKE, eine konsequent sozialistische Partei, oder „der Kapitalismus sei erhaltenswert, er sollte lediglich verbessert, etwas sozial gerechter werden“?
- DIE LINKE steht als eine atheistische Partei für die vom GG vorgegebene Trennung von Staat und Kirche in unserem Land, oder für die bereits vom Genossen Gregor Gysi drei Mal öffentlich geäußerte Position: „Obwohl Atheist, fürchte ich eine gottlose Gesellschaft, denn kein Parteikonzept kann ethisch-moralische Maßstäbe so transportieren, erwecken, festigen, wie es in religiöser Glaubensnähe möglich ist“.
- Wie steht die DIE LINKE zu den Menschen jüdischen Glaubens und der rechtsnationalen Regierung in Israel oder kann man alles in „einen Topf“ schmeißen?
- Position unserer Partei zur Flüchtlingsfrage undifferenziert fortführen oder die wahren Verursacher von Krieg um Energie und Einflussphären und damit die Auslöser von Flucht bloßstellen?

Alle meine Fragen, es ist nur eine kleine Auswahl, ergaben sich für mich nach Äußerungen führender Genossen meiner Partei. Bin ich nicht mehr up to date, muss ich an meiner Einstellung etwas verändern oder bewegen Euch ähnliche Fragen?

Euer Wolfgang Griese

## Gesamtmitgliederversammlung unserer Partei am 24. März 2018 im Güstrower Bürgerhaus - Meine Eindrücke

Beitrag von Wolfgang Griese

**Der Saal des Bürgerhauses in Güstrow war mit von mir gezählten 172 Genossinnen u. Genossen gut besetzt. Prognosen, der Saal würde aus allen Nähten platzen, erfüllten sich nicht. Leider. Weit über die Hälfte der Mitglieder blieb zu Hause. Teilnahmslosigkeit?**

Was waren die Anlässe zu dieser Mitgliederversammlung? Warum kein Sonderparteitag, da hätte man korrigieren können, was mit vorherigen Beschlüssen sich praktisch in der Umsetzung nicht bewährte?

Die Parteiführung des Landes nahm einen „fliegenden Wechsel“ des Landesgeschäftsführers vor. Auf wessen Antrag? Warum, da dem amtierenden GF gerade eine gute Einarbeitung während seiner Probezeit bescheinigt wurde? Persönlich bewerte ich seine Arbeit in dem Bereich der Parteiarbeit, in dem ich tätig bin, sogar als „sehr gut“.

### Schafft der Neue Verbesserungen?

In der Leitung unserer Landespartei hat auch die Quote Einzug gehalten. Lediglich ein Aushängeschild zur Emanzipation der Frauen in unserer Partei. Und es ging um anteilige Gehaltszahlungen unserer neu gewählten Landesvorsitzenden. Das sind Personal- u. Führungsfragen! Das funktioniert nicht nur am Tisch der Parteileitung ohne klare Mitbeteiligung der Basis. Das schafft Intransparenz und Unverständnis und schreckt kritischen Genossinnen u. Genossen auf. Schlechte erste 100 Tage des neu gewählten Doppelpostens. Ein Fehlstart gar?

Das Gute: Linke wissen Kritik konstruktiv zu artikulieren, wissen, dass ein Gewitterregen eine reinigende Wirkung hat, wissen, dass nach einem Fehlstart die Positionen bis zum Startschuss neu eingenommen werden können.

Auch unser Kreisvorsitzender, Genosse Horst Krumpen, war langfristig und gut vorbereitet, trug in seinem Redebeitrag kritisch, aber sachlich im Umgang mit der Parteiführung vor.

Andere Genossen sprachen von „Führungsversagen“, „Selbstbedienungsmentalität“ und „Grabenkämpfen“ und begaben sich damit in den Bereich einer



unsachlichen, wenig förderlichen Abrechnung mit dem Vorstand. Soweit mein Standpunkt.

### Was halte ich persönlich für veränderungswürdig:

- Ich sehe keine Notwendigkeit, einen Landesgeschäftsführer über eine Ausschreibung in unser „Boot“ zu holen. Die/der Beste aus unseren Reihen, von dessen Leistungen wir überzeugt sind, sollte es tun.
- Eine Quotierung, lediglich als Zeichen an die Außenwelt betrachte ich für die Leitung der Landespartei für nicht sonderlich effizient. Die Probleme zur Gleichstellung von Mann und Frau liegen woanders und sind Bestandteil unseres Parteiprogramms.
- Der/dem Landesvorsitzenden starke Stellvertreter beiseite zu stellen, macht Sinn und hat Wirkungen auf evtl. Fehlentscheidungen in frühen Phasen der Entscheidungsfindung durch die Parteileitung. Also Öffnung, keine „geheimen“ Sitzungen. Dann wären auch die Querelen mit anteiligen Gehaltsforderungen gar nicht erst auf den Tisch gekommen.

Die Signale wurden von unseren beiden Vorsitzenden Wenke Brüdgen und Torsten Kopplin nicht nur verstanden, mein Eindruck war, es wurden die richtigen Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit gezogen. Torsten Kopplin sprach mehrfach davon, die „Karten neu zu legen“. Das sollte er sein lassen, Zauber helfen nicht. Realpolitik ist angesagt.

Wir alle, da bin ich sicher, wünschen beiden viel Erfolg. Besinnung auf das Wesentliche unserer Parteiarbeit und werden ihnen unsere Unterstützung nie versagen. Erfolg haben wir bitter nötig.

Es war gut, die Gesamtmitgliederversammlung nicht nur auf die kritischen Auseinandersetzungen mit dem Vorstand auszurichten. Es wurden die Schwerpunkte für die Arbeit in der nächsten Zeit benannt, die ich Euch gerne erneut in Erinnerung rufen möchte:

Unser Zukunfts- u. Strategiekonzept ist in Etappen zu aktualisieren mit den Schwerpunkten Kommunalwahlen, LT- u- BT-Wahlen und Schaffung einer deutlichen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach „links“. Rückgewinnung der verlorenen Wählerstimmen.

Unsere Partei muss qualitativ und quantitativ wachsen und sich dabei drastisch verjüngen. Dabei ist die Mitgliederzahl zu verdoppeln.

Mehr Kampf und Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner für mehr soziale Gerechtigkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Armutsbekämpfung, Klimawandel, gegen Umweltzerstörung, Kita.-Gebühren runter, mehr Investitionen für Schulen und Lehrkräfte, gleicher Lohn für Frau u. Mann bei gleicher Arbeit, Kampf gegen die unsägliche HARTZ-IV-Politik und die wachsende Orientierungslosigkeit der Menschen).

Deutlichere Betonung der Alleinstellungsmerkmale unserer Partei als sozialistische Friedens- u. Antikriegspartei gegen die NATO-Politik, für Rüstungsabbau und gegen Waffenexporte.

Klare Benennung der Verursacher der militärischen Auseinandersetzungen um militärstrategische Einflussphären, Energie, Wasser und Handelskriege auf der Welt bei einer klareren Bewertung des damit zusammenhängenden Flüchtlingseleuds.

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Die nächsten Veranstaltungen**

**Der Freundeskreis der R-L-Stiftung hat weitere interessante Veranstaltungen für die nächsten Monate vorbereitet.**

So lädt der Architekt Uwe Kurzbein am Dienstag, den 19.06.2018 um 19 Uhr ins Kreisagarmuseum in Dorf Mecklenburg zum Vortrag über „**Lebensformen auf dem Prüfstand: Leben in der Gemeinschaft gegen Vereinzelung**“ ein. Er lebt seit vielen Jahren in der Gemeinschaft Olgashof. Die Zuhörer werden auch einen Einblick in die wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten dieser Gemeinschaften erhalten.

Am 04.07.2018 wird in der Kammerbühne der Wismarer Theaters

und am 05.07.2018 im Volkskundemuseum Schönberg jeweils um 19 Uhr ein **Tucholsky-Abend mit dem Titel „Gruß nach vorn – Tucholsky zwischen gestern und morgen“** stattfinden. Der Freundeskreis hat dafür die Künstlergruppe „WortSinnWeisen“ aus Bochum gewonnen. Tucholskys Texte aus den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts sind immer noch aktuell: Sie warnen bissig und ironisch vor den Nationalismen in Europa, vor einem neuen Krieg, vor dem Faschismus.

Im September bereitet der Freundeskreis im Rahmen der interkulturellen Woche gemeinsam mit der Kirchgemeinde Sankt Nikolai

einen **Vortrag zu den Handelspraktiken der Industrieländer mit den afrikanischen Staaten** vor. Im Namen des Freihandels wird mit einseitigen Sanktionen, niedrigen Einfuhrzöllen und einem rigorosen Patentschutz die Krise in diesen Ländern verschärft. Nur mit einer alternativen Wirtschaftsordnung kann man diese Zerstörungen aufhalten.

Ein ganz aktuelles Thema greifen wir im Oktober mit der **Industrie 4.0 auf. Die Chancen und Risiken der Digitalisierung** sollen aus der Sicht der Gewerkschaften und auch der Unternehmer mit den Besuchern besprochen werden.

**Israel und Palästina: ein Land und zwei Völker**  
**Hat die 2-Staaten-Lösung eine Chance?**

Über 30 Bürger folgten am Mittwoch, den 18. April 2018 einer Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem Vortrag über den Konflikt zwischen Israel und Palästina ins Technologie- und Gewerbezentrum in Wismar. Die Referentin Dr. Angelika Timm verfügte zu diesem Thema über umfassende Kenntnisse, so leitete sie von 2008 bis 2015 das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv. An Hand von Dokumenten hat sie diesen Konflikt über einen Zeitraum von 100 Jahren (1917-2017) belegt.

Menschen jüdischen Glaubens wurden nach dem ersten Weltkrieg, besonders während des faschistischen Regimes in Deutschland, verfolgt und diskriminiert. Viele von ihnen suchten Zuflucht im „gelobten Land“ Palästina. Daraus ergaben sich Konflikte mit den dort lebenden Arabern.

Seit dieser Zeit gibt es von beiden Seiten neben verbalen und gewalttätigen Auseinandersetzungen auch Verhandlungen und Ansätze zu einvernehmlichen Lösungen, meist unter Vermittlung anderer Staaten, die jedoch oft egoistische Interessen verfolgten.

1947 beschloss die UNO für Palästina einen Teilungsplan als Grundlage für einen jüdischen und einen arabischen Staat, mit dem Nachteil, dass beide über kein zusammenhängendes Gebiet ver-

fügten, was ein entscheidender Konfliktpunkt bis heute ist.

1948 wurde der Staat Israel gegründet. In den folgenden Jahren hat sich eine Eskalationsspirale entwickelt, in Israel wurde für die expandierende Bevölkerung (Einwanderung) der Siedlungsbau vorangetrieben und damit die arabische Bevölkerung verdrängt. Die folgenden militärischen Auseinandersetzungen (Kriege von 1948/49 und 1967) hat Israel für sich entschieden und weitere Gebiete besetzt. Zunehmende Arbeitslosigkeit und eine schlechtere Versorgung verschärfen die Lage der Palästinenser in Gaza und im Westjordanland immer weiter. Sie setzten sich in der Ersten und Zweiten Intifada (1987 und 2000) zur Wehr.

Aktuell zeigen sich die Probleme beim „Rückkehrmarsch“ der palästinensischen Flüchtlinge an der Grenze des Gaza-Streifen, der von Israel unverhältnismäßig mit Schusswaffen beantwortet wurde und bisher unter den Palästinensern 43 Todesopfer und hunderte Verletzte erforderte.

Die Position der Palästinenser wird durch ihre zerstrittene politische Führung mit Hamas und Fatah zusätzlich geschwächt.

Die UNO hat in mehreren Resolutionen für eine 2 Staaten-Lösung gestimmt, zuletzt 2015.

Auch die diplomatischen Bemü-

hungen wie 1978 im Camp David und 1993 in Oslo brachten nur Teillösungen. Wobei Israel und Palästina unter Ministerpräsident Rabin und Arafat einer Konfliktlösung sehr nahe kamen. In den folgenden Jahren haben sich nationalistische und fundamentalistische Parteien in Israel durchgesetzt, die nicht zu Kompromissen mit den Palästinensern bereit sind. Dabei gibt es eine starke Zivilgesellschaft in Israel, die neben ihren nationalen Interessen auch die Ansprüche der Palästinenser akzeptiert.

Trotzdem nimmt die Skepsis in der Bevölkerung zu einer 2-Staatenlösung bei Israelis und Palästinensern zu und mit einem Fortdauern dieses Status quo werden die Chancen auf eine friedliche Lösung immer kleiner.

Auch andere Überlegungen, wie eine Konföderation (erfordert zwei Staaten), oder eine Ein-Staat-Lösung sind gegenwärtig unrealistisch.

Viel wird vom weiteren Verhalten der wirtschaftlich starken Länder abhängen. Auch die EU kann einen größeren Einfluss ausüben.

Den Teilnehmern hat der Vortrag viele interessante Fakten vermittelt. Was ein mögliches Ende des Konfliktes betrifft, gingen sie mit einer gewissen Ratlosigkeit nach Hause.

Peter Vorbau

Wir trauern um unsere Genossin

**Anneliese Griese,**

die wenige Wochen vor Vollendung ihres 100. Geburtstages am 25. Mai 2018 verstorben ist.

Anneliese Griese war 56 Jahre Mitglied unserer Partei und engagierte sich in ihrer aktiven Zeit in der Wariner Parteiorganisation für die politische Weiterbildung, führte literarische Buchlesungen durch und organisierte in den 60er/70er Jahren den Aufbau einer Bibliotheksstruktur, besonders in den ländlichen Regionen.



Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Unser Genosse

**Werner Bandomir**

ist im Alter von 80 Jahren verstorben.

Er war über 50 Jahre Mitglied unserer Partei und setzte in wichtigen Funktionen seine ganze Kraft ein. Auch in schwierigen Zeiten ist er immer seiner Überzeugung treu geblieben. Als BO-Vorsitzender, durch seine aktive Arbeit in der Agenda Arbeitsgruppe und in der Redaktion des „Wellenbrecher“ sowie seine Einsatzbereitschaft hat er die Entwicklung der LINKEN in Wismar mit geprägt. Auch nach seiner schweren Krankheit hat er stets die Arbeit der Partei verfolgt und ihre Interessen vertreten.

Er wird uns fehlen.



Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.



**23. Juni 2018 – Das Fest der Linken**

## Die kleine weiße Friedenstaube und sächsischer Humor

Von Karl-Heinz Bethke

An einem der letzten Wochenenden in Schwerin konnte ich endlich Uwe Steimle erleben. 3 Tage trat er im soziokulturellen Zentrum, im Speicher, auf. Alle Veranstaltungen waren ausverkauft. Der Veranstalter begrüßte Uwe Steimle an diesem Abend zum 75. Mal. Das Interesse war immer groß. Er kleidete seine politischen Ansichten in sächsischem Humor und nahm die große Koalition zielstrebig aufs Korn. 2 Stunden Lachen über eine eigentlich traurige Politik.

Giftgasangriff und die Verurteilung Russlands, vor allem Putins, im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den russischen Doppelagenten Skripal- Außenminister Heiko Maas setzte sich über grundlegende juristische Grundprinzipien weg.

In meinen Augen stellt er im Vergleich zum bisherigen Außenminister Gabriel die krasseste Fehlbesetzung der jetzigen Regierung dar. Auch kann ich jetzt Diether Dehm verstehen, als er Heiko Maas als „NATO-Strichmännchen“ bezeichnete. Die

bisherige Linie der SPD, sich um einen Ausgleich mit Russland zu bemühen, wird immer mehr aufgeweicht. Es wird der deutschen Sozialdemokratie weitere Punkte in der Wählergunst kosten. Auch hier setzte Uwe Steimle seine Pointen. Man merkte seine Einstellung, als er mit witzigen Worten der Kampagnen in Deutschland, die zur Verschlechterung des deutsch-russischen Verhältnisses führten, mit aller Schärfe entgegentrat. Mit den Worten „ mit Frieden spielt man nicht“ nahm er dann eine kleine blaue Fahne mit der weißen Friedenstaube, schwenkte sie und stimmte das alte Kinderlied an. Viele der Zuschauer konnten noch mit einstimmen und waren textsicher. Dabei präsentierte er sein selbst entworfenes Nicki mit der Aufschrift „Mir san Mir“. Die meisten kannten das Wortspiel von den Bayern „Wir sind Wir“ und wussten auch, dass Mir im russischen Frieden bedeutet.

Das Lied selbst wurde 1948 von

## Herzliche Glückwünsche

**Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im April und Mai sowie im Juni 2018 Geburtstag hatten und haben.**

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Hertha Uther zum 98. Geburtstag. Zum 93. Geburtstag gratulieren wir Barbara Runge. Zum 88. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Heinrich Baudis und zum 87. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Ernst Lehmkuhl. Zum 85. Geburtstag erhält Horst Blank die herzlichsten Glückwünsche. Auf 83 Lebensjahre blicken Karin Klose sowie Kurt Fiedler, Kurt Tarrach und Eberhard Dettmann zurück und zum 82. gratulieren

wir Irmgard Liek, Ingrid Kornprobst und Christa Schiller sowie Joachim Drobig. Alle guten Wünsche zum 80. Geburtstag gehen an Edith Last und Klaus- Dieter Bosse. Zum 70. Wiegenfest gratulieren wir Wolfgang Griese ganz herzlich. Zum 65. Geburtstag übermitteln wir ganz herzliche Glückwünsche an Renate Lüders und Hannelore Müller sowie an den Bernd Heidrich. Roswitha Barnekow erhält herzliche Glückwünsche zum 60. Geburtstag und zum 50. Wiegenfest übermitteln wir die besten Wünsche an Roy Rietentidt und Torsten Meier.

**Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.**



Erika Schirmer aus Nordhausen verfasst. Angeregt wurde sie dazu durch das Symbol der Friedenstaube, das Pablo Picasso im gleichen Jahr als Plakat zur Pariser Weltfriedenskonferenz entworfen hatte. Auch hier konnte ich Uwe Steimles Bedauern verstehen, dass sich bisher kein Medium fand, der die Autorin zum 70. Geburtstag des Liedes würdigte.

Der Kabarettist erwähnte auch, dass er im Februar 2018 zum Schirmherrn der Ökumenischen Friedensdekade, einer kirchlichen Friedensinitiative ernannt und nach wenigen Tagen wieder abberufen wurde. Das Thema war eigentlich für ihn wie gemacht: Krieg 3.0, um vor einem 3. Weltkrieg zu warnen. Kirchliche Vertreter, vor allem aus Sachsen, warfen ihm die zu einseitige Verurteilung der USA und Israel und eine mangelnde Distanzierung von der Pegidabewegung vor.

Uwe Steimle hatte auch die „ Erklärung 2018“ mitunterzeichnet, in der Leute wie Thilo Sarrazin, Vera Lengsfeld oder Eva Herman vor den Folgen illegaler Masseneinwanderung warnen. Später trat er davon zurück, da er nicht mit einigen der Unterzeichner in einem

Atemzug genannt werden wollte.

Er setzte sich damit natürlich zwischen alle Stühle. Trotzdem ist er für mich einer der wenigen deutschen Kabarettisten, die mit Niveau aktuelle politische Ereignisse aus linker Sicht beleuchten können. Auch seine Sendungen im MDR „Steimles Welt“ sind sehenswert und keine Sendung im MDR bekommt so viel Fanpost wie diese. So kann ich nur sagen, wer die Gelegenheit hat Steimle zu erleben, sollte sie nutzen.

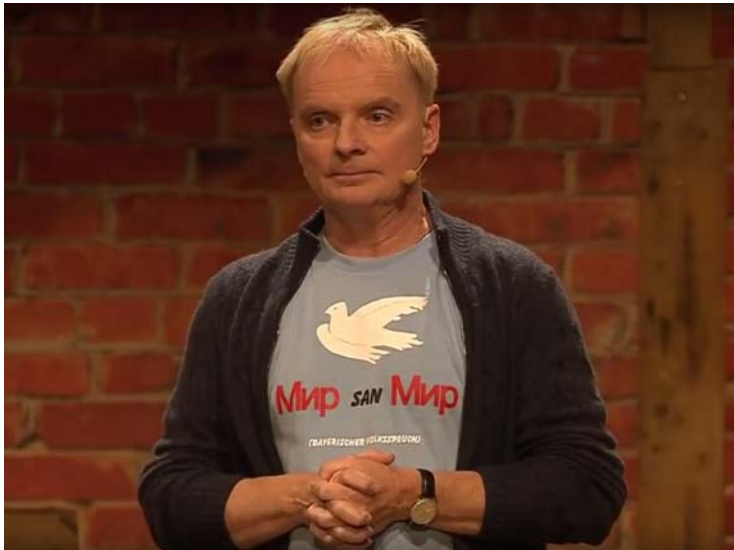
der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:  
Kreisverband DIE LINKE  
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

**DIE LINKE.**  
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:  
Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:  
Fon: (03841) 28 35 55  
Fax: (03841) 20 19 79  
Mail: info@die-linke-nwm.de  
Internet: www.die-linke-nwm.de  
Redaktionsschluss: 27.07.2018



Als Kabarettist trat er auch nicht in T-Shirts auf, sondern wie er betonte in einem Nicki. Er wolle sich in den letzten Jahren an keine eingeführten Begriffe mehr gewöhnen und nutzt deshalb die alten bekannten Wörter, Ausdruck der Ostalgie. Ein Wort, auch von ihm erfunden.

Zentraler Punkt seiner Vorstellung war die tiefe Sorge um den Erhalt des Weltfriedens. Der völkerrechtswidrige Raketenbeschuss der 3 Westmächte auf Syrien war noch gar nicht so lange her. Das Rechtsstaatsprinzip der Unschuldsumutung verletzen sowohl die Kanzlerin als auch der Außenminister, als sie Syriens Präsidenten Assad die Schuld an einem mutmaßlichen Giftgasangriff in der Stadt Duma anlasteten, bevor der Vorfall überhaupt untersucht werden konnte.

Für Uwe Steimle war das „Maas“ voll. Anspielungen auf die erschreckenden Aussagen unseres jetzigen Außenministers. Die Vorverurteilung der syrischen Regierung durch den nicht bewiesenen